

h) Gewisse nichtasiatische Mächte haben eine Politik bewaffneter imperialistischer Aggression gegen die Souveränität von Völkern Asiens und Afrikas durchgeführt (wie im Falle von Malaya), und mitunter haben solche Angriffe sich auch bis zur Rassenvernichtung gesteigert (wie in Kenia).

4. Die Konferenz ist der Ansicht, daß die vielen bestehenden Verletzungen und Verstöße gegen die „Fünf Prinzipien“ und die Rechte der nationalen Souveränität und Selbstbestimmung der Nationen und Völker eine schwerwiegende und ständige Bedrohung für den internationalen Frieden und die Sicherheit nicht nur in Asien, sondern in der ganzen Welt sind. Daher ruft diese Konferenz alle Juristen in Asien und der ganzen Welt dazu auf, solche Verstöße aufzudecken und mit Entschiedenheit zu bekämpfen.

Die Völker Asiens und Afrikas haben durch die grauenhaften Kriege in Korea, Vietnam, Malaya und Kenia schwer gelitten, und die Welt sieht sich jetzt der Bedrohung durch einen Krieg im Fernen Osten gegenüber, der die Gefahr einer weiteren Welt-Katastrophe in sich birgt. Die Völker sind daher aufs tiefste an der Erhaltung des internationalen Rechts und an allen Maßnahmen zum Schutz von Frieden und Sicherheit interessiert.

Die Konferenz fordert, daß kein Staat irgendeine militärische Basis oder Einrichtung oder eine potentielle militärische Basis außerhalb seines eigenen Territoriums unterhält.

Die Konferenz sendet ihre Grüße an die Afro-Asien-Konferenz, die im April 1955 in Indonesien stattfindet, und fordert sie auf, die eingangs genannten „Fünf Prinzipien“ und das Prinzip der nationalen Souveränität zu unterstützen.

Die Konferenz ist der Ansicht, daß ein allasiatisches System der kollektiven Sicherheit errichtet werden sollte, das alle asiatischen Staaten und Völker umfaßt. Dieses System sollte nicht die Sicherheitsorganisation einer Staatengruppe sein, die gegen eine andere Staatengruppe gerichtet wäre, sondern sollte derart beschaffen sein, daß es für ganz Asien und alle seine Staaten und Völker den Frieden sichert. Die Konferenz fordert die Afro-Asien-Konferenz auf, die Errichtung eines solchen Systems der kollektiven Sicherheit für ganz Asien herbeizuführen*).

n

Resolution gegen die Massen Vernichtungswaffen:

1. — 4. . . .

5. Wir asiatischen Juristen erklären, daß die Versuche mit Atom- und Wasserstoffbomben, die für das Treuhänder-Territorium, die Hohe See und das Territorium anderer Staaten ernsthaft Gefahr mit sich bringen, eine Verletzung der Grundprinzipien des Völkerrechts bedeuten, und wir verlangen von den betreffenden Regierungen die umgehende Einstellung dieser Versuche.

6. Die Anwendung von grausamen und Massenvernichtungswaffen, wie Giftgas und Bakterien, ist bereits durch internationale Konventionen geächtet worden. Ebenso widerspricht die Anwendung von Atom- und Wasserstoffwaffen oder die Drohung, sie anzuwenden, selbst zu Kriegszeiten der humanen Idee und den allgemein anerkannten Prinzipien des Völkerrechts. Wir verlangen deshalb, daß die betreffenden Regierungen unverzüglich spezielle Übereinkommen abschließen, um die Herstellung und Lagerung, die Versuche und die Anwendung aller Atom-, Wasserstoff- und anderer Massenvernichtungswaffen zu ächten.

7. Wir rufen alle Nationen auf, die Atomenergie anstatt zur Massenvernichtung zum wahren Nutzen der Menschheit anzuwenden und dadurch die Sache des Weltfriedens und des allgemeinen Wohls zu fördern.

m

Resolution über die Menschenrechte:

1. . . .

2. Die Konferenz verurteilt die zunehmende Verletzung der demokratischen Rechte und Freiheiten in vielen Ländern, insbesondere:

Die Anwendung des Strafrechts und der strafrechtlichen Verfolgung zum Zwecke der Schwächung oder Zerstörung von Gewerkschafts- und anderen Organisationen der Arbeiterklasse und von fortschrittlichen Bewegungen und Aktivitäten im allgemeinen;

die Behinderung der Rechte auf Verteidigung bei gerichtlicher Verfolgung sowie Folterungen oder andere Mißhandlungen angeklagter Personen und Zeugen und die Verfolgung von Verteidigern oder Beschränkung ihrer Berufsausübung;

Haft ohne Anklage oder Prozeß.

3. Wir weisen die Juristen der ganzen Welt auf folgende Fälle groben Bruchs des Völkerrechts hin:

(1) Okinawa:

Verletzung der Menschenrechte, gewaltsame Beraubung der staatsbürgerlichen Rechte, Landbeschlagnahme ohne Vergütung und andere ungesetzliche Maßnahmen der amerikanischen Besatzungsbehörden gegen die Einwohner von Okinawa.

Die Konferenz beschließt, ein Komitee zu bilden, das die Beschuldigungen an Ort und Stelle untersucht und der Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen Bericht erstattet.

(2) Matsukawa-Fall:

Eine Anzahl japanischer Bürger schwebt in der Gefahr, hingerichtet zu werden, nachdem sie auf der Grundlage von Geständnissen verurteilt wurden, die man ihnen unter Drohungen und Gewaltanwendung entrisen hatte.

Wir appellieren an den Obersten Gerichtshof Japans, diesen dort schwebenden Fall noch einmal mit großer Sorgfalt zu untersuchen und sich der Gefahr einer allein auf Geständnissen basierenden Verurteilung bewußt zu sein.

(3) Fall Wataru Kaji:

Dieser japanische Schriftsteller wurde nach brutalen Mißhandlungen durch die amerikanische Militärmacht von den japanischen Behörden verfolgt und erwartet nun auf unbestätigte Aussagen eines angeblichen Komplizen hin seinen Prozeß wegen Verletzung des Radio-Kontroll-Gesetzes.

(4) Süd-Korea:

In Süd-Korea, das von den amerikanischen Imperialisten besetzt ist, regiert der Polizeiterror, ohne daß die grundlegenden Menschenrechte beachtet werden, und eine große Zahl unschuldiger Patrioten wird ohne gesetzliche Rechtfertigung verhaftet, ins Gefängnis gebracht und hingerichtet.

(5) Koreanische Staatsbürger in Japan:

Unter dem Vorwand einer Fremdenregistrierung zwingt die japanische Regierung koreanischen Staatsbürgern die sog. „Staatsbürgerschaft der Republik Korea“ (Süd-Korea) auf.

Koreanische Staatsbürger in Japan sind ihres Rechts auf eine nationale demokratische Erziehung in ihrer Muttersprache beraubt, koreanische Schulen werden geschlossen und koreanische Lehrer und Schüler verhaftet und eingesperrt.

(6) Vietnam:

Nach dem Muster der amerikanischen Imperialisten und unter Beteiligung der französischen Expeditions-Truppen in Süd-Vietnam, sind willkürliche Unterdrückungsmaßnahmen und Massenhinrichtungen ohne Prozeß durch das Ngo-Dinh-Diem-Regime an der Tagesordnung, wobei internationale Verpflichtungen, die durch das Genfer Abkommen übernommen wurden, verletzt werden.

(7) Vietnam:

Intellektuelle — Ärzte, Professoren, Juristen, buddhistische Priester und andere — werden in Saigon (Süd-Vietnam) unter der Anklage der Gefährdung der Staatssicherheit verhaftet, während sie doch lediglich den Wunsch ausgedrückt hatten, Vietnam möge durch eine loyale Ausführung des Genfer Abkommens endlich den Frieden verwirklichen.

(8) Palästina:

Ungefähr eine Million Araber wurden aus ihrem Vaterland Palästina durch die Regierung von Israel ausgewiesen und ihr Eigentum eingezogen.

(9) Sudan:

Hier wird versucht, das Gesetz über umstürzlerische Tätigkeit und die unbeschränkte Macht der Exekutive wiederherzustellen und die Pressefreiheit zu unterdrücken, wodurch die durch das Selbstverwaltungsstatut garantierten demokratischen Rechte verletzt werden.

(10) Ägypten (Die Anwaltschaft)

Die Militärregierung verletzt das Recht der ägyptischen Anwaltschaft, ihren eigenen Vorstand selbst zu wählen, und läßt diesen Vorstand durch den Justizminister ernennen.

(11) Ägypten (Verfolgungen)

Für ihr Eintreten für die Demokratie und die Rückkehr zum verfassungsmäßigen Regime in Ägypten werden Parteien verfolgt. Aus dem gleichen Grunde wurden 60 Universitäts-Professoren entlassen.

(12) Ägypten (Ausnahmegerichte)

Tausend Patrioten wurden von Sondergerichten (Militär-, „Revolutions“- und „Volks“-Gerichten) eingekerkert und an sechs Bürgern — drei davon waren Juristen — Todesurteile vollstreckt, nur weil sie Gegner des Anglo-Ägyptischen Vertrages vom Oktober 1954 waren.

(13) Ägypten (Internierung)

6000 Patrioten, die für ein verfassungsmäßiges Regime in Ägypten eintreten, werden in Konzentrationslagern gefangen gehalten, und es wird ihnen die Staatsbürgerschaft in absentia aberkannt.

4. Die Konferenz ruft die Juristen aller Länder auf, die demokratischen Rechte und Freiheiten zu verteidigen, sich ihrer Verletzung in jeder möglichen Weise entgegenzustellen und den edelsten Traditionen ihres Berufs dadurch zu dienen, daß sie alle Personen und Organisationen, die verfolgt oder durch solche Verletzungen in anderer Weise betroffen werden, verteidigen.*)

Appell an alle asiatischen Juristen

Nachdem die Konferenz mit tiefer Besorgnis die zahlreichen Verletzungen der Souveränität, der Menschenrechte und anderer bürgerlicher Rechte, die gegenwärtig begangen werden, und die mit derartigen Verletzungen verbundene Kriegsgefahr, erwogen hat — eine Gefahr, die durch die Drohung und den Gebrauch von Atom- und Wasserstoffbomben und anderer Massenvernichtungswaffen sich unendlich verstärkt —, richtet sie den folgenden feierlichen Appell an die Juristen aller asiatischen Länder:

Liebe Kollegen, Sie sind Vertreter eines edlen Berufs, Sie sind Erben der großen asiatischen Friedenstradition, und Sie kennen die Verbrechen der imperialistischen Herrschaft entweder aus eigener Erfahrung oder aus bitterer Erinnerung.

Als Juristen haben Sie besondere Kenntnisse und Fähigkeiten, die Ihnen große Möglichkeiten und große Verantwortung geben. Sie verstehen sehr wohl, wie gefährlich die *)

*) Die Resolutionen wurden von der Konferenz einstimmig angenommen. Lediglich die birmesische Delegation enthielt sich mit Rücksicht auf die Richtlinien, die sie von ihrer Organisation erhalten hatte, hinsichtlich der in den Resolutionen I und III unter Ziffer 3 genannten Beispiele der Stimme, indem sie sie weder billigte noch mißbilligte.